

BILDUNG BRAUCHT SELBSTSTÄNDIGKEIT - SELBSTSTÄNDIGKEIT BRAUCHT BILDUNG

I. EINLEITUNG

Selbstbestimmung basiert auf der Fähigkeit der Menschen, selbstständig ihr Leben zu gestalten und Verantwortung für sich selbst wie auch für andere und ihre Umwelt zu übernehmen.

In unserer Gesellschaft entscheidet Bildung maßgeblich über die Möglichkeit zur Gestaltung des eigenen Lebens wie auch zur ökonomischen und politischen Teilhabe. Deshalb ist der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten - und zwar ein Leben lang - eine zentrale Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit und der Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Als ein Land ohne Rohstoffe, das von wissensbasierter Ökonomie und stetiger Innovation abhängig ist, braucht Baden-Württemberg ein hohes Kompetenzniveau seiner Bürgerinnen und Bürger. Reformen des Bildungssystems und Investitionen in Bildung sind damit Ausdruck einer nachhaltigen Politik.

Es gibt keine Nürnberger Trichter, Wissen lässt sich nicht in die Köpfe der Lernenden downloaden. Lernen ist ein aktiver Prozess und setzt die Selbsttätigkeit des Lernenden voraus. Das Lernen wollen, die Welt kennen lernen, erfahren, begreifen und verstehen wollen, das zeichnet die Menschen aus. An kleinen Kindern sehen wir noch die Freude am Lernen und erkennen, zu welchen Lernleistungen sie in der Lage sind.

Jeder Mensch lernt anders. Es gibt unterschiedliche Lerntypen, unterschiedliche Lernrhythmen und unterschiedliche Lernvoraussetzungen. Deswegen ist die optimale individuelle Entwicklung jedes/r Einzelnen für uns vorrangiges Prinzip der Gestaltung von Lernprozessen. Das Nutzen der Vielfalt der Lernfähigkeit macht das kreative und innovative Potenzial einer Gesellschaft aus.

Bildungsverlierer dürfen wir uns nicht mehr leisten.

„Ausgelernt“ gibt es nicht mehr. Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Das bedeutet, dass das Weiterlernen, das sich Neuorientieren, Phasen des Arbeitens wie der Bildung zu jeder Biographie gehören werden.

Und es bedeutet: Lernfähigkeit ist nicht auf eine bestimmte Lebensphase beschränkt. Eine Einsicht, der angesichts der demographischen Entwicklung der Gesellschaft große Bedeutung zukommt.

Die neue Bedeutung des lebenslangen Lernens muss in unseren Konzepten von Lernen und Bildungspolitik Konsequenzen haben. So ist es ein wesentlicher Maßstab für die Qualität von Bildungseinrichtungen, ob es gelingt, Freude am Lernen und Neugier auf neue Herausforderungen aufrecht zu erhalten und den Erwerb von Lernstrategien zu fördern. Oder ob Lernen als frustrierende Erfahrung vermittelt wird, die Gefühle des „Das kann ich eh nicht“ oder „Lernen lohnt sich eh nicht“ bei den Betroffenen hinterlässt.

Und eine Bildungspolitik, die Lernen als lebensbegleitenden Prozess bezeichnet, wird neu über Phasen des Lernens während eines Lebens und ihre zeitliche Verteilung nachdenken. Konsequenz sind kürzere Zeiten der ersten Ausbildungsphase und die Schaffung von Ausbildungsmodulen, die es ermöglichen, immer wieder in Phasen der Bildung einzusteigen. Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass ein junger Mensch die Erstausbildung mit einem möglichst vollen großen Rucksack verlässt, der für immer ausreicht.

Pädagogisches Handeln ist nur in Freiheit und Verantwortung möglich. Es erfordert die Verantwortungsbereitschaft und Verbindlichkeit der Lehrenden und Lernenden, ihre Kreativität, ihre Anstrengung und eine gemeinsame Übereinstimmung über Ziele und Wege des Lernens. Ein guter Kindergarten, eine gute Schule, Hochschule oder Weiterbildungseinrichtung lässt sich nicht auf dem Verordnungsweg „herstellen“. Orte des Lernens mit anregenden Lernmilieus entstehen durch die Tätigkeit und die Umgangsformen aller Beteiligten vor Ort in eigener Verantwortung.

Bildung ist eine Kernaufgabe der Landespolitik. Das bedeutet angesichts der Haushaltsknappheit, dass wir die begrenzten finanziellen Mittel dafür einsetzen und Abstriche bei anderen Aufgaben, die wir nicht als Kernaufgaben sehen, machen müssen.

Über Bildung nachzudenken, heißt, über die Reform des Staates nachzudenken. Wir brauchen eine neue Rollenaufteilung zwischen Staat, Bildungseinrichtungen und Bürgergesellschaft. Kompetenzen müssen nach unten verlagert werden, wir brauchen einen Abbau der Verwaltung, Reduzierung des Einflusses der Ministerien, eine stärkere Einbeziehung der Kommunen, neue Formen der Beratung, der staatlichen Steuerung und Qualitätssicherung.

II. FORSCHER, ENTDECKER, DICHTER – FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Der Schlüssel für lebenslanges Lernen liegt in der frühen Kindheit. Im Alter bis zu sechs Jahren werden die Grundlagen für kreative Entfaltung, für unbeirrten Forschergeist und eine entsprechende Lebenseinstellung gelegt.

Die Frage, ob sich Kindertageseinrichtungen überhaupt den Bildungsaufgaben stellen sollen, erübrigt sich, denn die Grundlagen ergeben sich aus § 22 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), in dem ein Auftrag zur „Betreuung, Bildung und Erziehung“ festgeschrieben ist. Der Bildungsauftrag darf nicht auf das Thema Sprachförderung für die Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, reduziert werden.

Sondern es gilt vielmehr, die vielfältigen Talente der kleinen Kinder, ihre Wissenspotenziale, ihre emotionale Intelligenz wie auch ihr soziales Lernen frühzeitig und umfassend zu fördern.

Mit der Verlagerung der Finanzierung der Kinderbetreuung auf die Städte und Gemeinden wird die Verantwortung auf den bedarfsgerechten Aus- und Umbau der Kinderbetreuung nun auf die kommunale Ebene delegiert. Durch die Deckelung der Kindergartenförderung im Landeshaushalt lässt die Landesregierung den Kommunen aber nicht viel Spielraum für Innovationen.

Die vom Land zur Verfügung gestellten Finanzmittel reichen nicht aus, um die von Land und Bund geforderte Weiterentwicklung der Betreuung der unter Dreijährigen umzusetzen. Um es den Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen, den Bildungsauftrag umzusetzen, müssen folgende Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- ◆ Eine **Fort- und Weiterbildungsoffensive für Erzieherinnen und Erzieher** u.a. im Bereich der interkulturellen Kompetenz, ganzheitlichen Sprachförderung und der Diagnosefähigkeit.
- ◆ Eine **Reform der ErzieherInnenausbildung**, die über die Vorschläge der Landesregierung hinausgeht und den heutigen Ansprüchen europaweit angeglichen ist.
- ◆ Einen **Bildungs- und Erziehungsplan für Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg**. Darin muss die Landesregierung Bildungsziele verlässlich formulieren, den Bildungsauftrag konkretisieren und die Rolle der Sprachförderung beschreiben.

III. FÜR DAS LEBEN LERNEN – SCHULISCHE BILDUNG

LERNEN BRAUCHT SELBSTSTÄNDIGKEIT

Wir brauchen Schulen mit einer anderen Unterrichtskultur, mit einem leistungsfördernden und lernfreundlichen Klima, die Neugierde, die Kreativität und die Freude am Lernen fördern, die Unterschiedlichkeiten von Kindern und Jugendlichen akzeptieren und damit produktiv umgehen. Lehrkräfte müssen den unterschiedlichen Lernstand ihrer Schülerinnen und Schüler diagnostizieren und entsprechende Lernbedingungen mit adäquaten Anforderungen und Förderungsmaßnahmen herstellen können. Wir brauchen eine Differenzierung des Unterrichts, der Kindern unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten erlaubt, unterschiedliche Lernwege zulässt und sich stärker auf lebenspraktische Bereiche beziehen.

Baden-Württemberg verfügt über ein System zur „Ermittlung und Bewertung von Schülerleistungen“, das mit hohem Verwaltungsaufwand und mit großem Arbeitsaufwand für Lehrerinnen und Lehrer betrieben wird.

In der Regel wird bei schulischen Prüfungen „gehaltener“ Unterrichtsstoff abgefragt, der Unterrichtsstoff ist mit der Prüfung abgeschlossen und wird von den Schülerinnen und Schüler danach schnell abgehakt und vergessen. Das schulische Prüfungswesen ist somit ein Instrument vornehmlich zur Förderung des Kurzzeitgedächtnisses. Es fördert Spitzenleistungen nicht ausreichend und verhindert nicht, dass – wie durch PISA belegt – fast 20 % der Schülerinnen und Schüler die mindest notwendigen Grundkompetenzen nicht erlernen. Die Vorstellung, dass Leistungen nur unter Druck möglich sind, muss überwunden werden. Alle einschlägigen Studien zeigen, dass unter Stress schlecht gelernt wird.

- ◆ Wir wollen Schulen mit einer neuen Lern- und Leistungskultur. Dies verlangt durchaus die Bereitschaft zur Anstrengung. Eine Didaktik der Vielfalt, die individuelle Lernprozesse fördert, braucht differenziertere Formen der Leistungsbewertung und der -rückmeldung. Sie müssen dem Feedback für die Schülerinnen und Schüler dienen und deutlich machen, wie die Einzelnen ihre Leistungen verbessern können und nicht vorrangig der Frage, ob dies die richtigen Schüler für die Schule sind. In der Schule der Zukunft wird es kein Sitzenbleiben mehr geben. Schüler sollen ihre eigenen Leistungen bewerten lernen, um sich realistischer einschätzen zu können.
- ◆ Wir wollen Tests als Evaluation von Schulen, die prüfen, ob alle Schülerinnen und Schüler die notwendigen Mindeststandards erfüllen. Die Ergebnisse dieser Tests dienen den Schulen als Rückmeldung über ihre Leistung und auf die Frage, ob sie ihre Ziele erreicht haben bzw. wo ihre Schülerinnen und Schüler noch mehr oder andere Förderung brauchen.

SCHULEN BRAUCHEN SELBSTSTÄNDIGKEIT

Grüne Bildungsreform setzt auf die Selbstbestimmung und Verantwortung der Einzelschule. Die Akteure vor Ort müssen in die Lage versetzt werden, ihre Schule weiter zu entwickeln. Schulen brauchen echte Freiräume, um neue Lernprozesse zu organisieren.

Wir sind der Auffassung, dass eine Schule, die ihre Schülerinnen und Schüler zur Mündigkeit erziehen soll, also zur Fähigkeit, das Leben zu gestalten und Verantwortung in der Demokratie wahrzunehmen, auch selbst mündig, selbstständig und demokratisch sein muss.

Kultusministerin Schavan macht eine Schulpolitik ohne oder gegen die Beteiligten. Fast täglich kommen neue Verordnungen, Pläne, Modelle und Ministerideen auf den Tisch der Schulleiter oder häufig noch zuvor in die Medien. Oft bestehen sie, wie etwa bei der gymnasialen Oberstufe, nicht den Praxistest. Der seit Jahren zu beobachtende Aktionismus von oben trägt nicht dazu dabei, die Probleme an den Schulen vor Ort zu lösen. Zu einer Reform und einem Abbau der nach wie vor obrigkeitstaatlichen Schulverwaltung fehlt der Landesregie-

rung der Mut. Ein gutes Beispiel für diese letztlich demotivierende baden-württembergische Schulpolitik ist die Streichung der Deputatsermäßigung für Lehrerinnen und Lehrer ab 55 per Erlass im laufenden Schuljahr.

- ◆ Mit dem Projekt „Selbstständige Schulen in Baden-Württemberg“ wollen wir, dass in einem ersten Schritt 400 Schulen in Baden-Württemberg zu Selbstständigen Schulen werden. Für diesen Modellversuch sollen sich Schulen bewerben. Sie erhalten Freiräume etwa im Bereich der Personalentwicklung und entscheiden damit selbst über die Besetzung ihrer Stellen. Sie erhalten Freiräume in der Organisationsentwicklung mit globalisierten Haushalten und der Möglichkeit, sich auch strukturell weiter zu entwickeln. Schulen werden nicht mehr im 45-Minuten-Takt unterrichten, entwickeln neue Lernformen und erhalten Freiheit und Verantwortung für die Gestaltung ihrer Lehrpläne. Wir wollen so in einem großen Schritt die Modernisierung des baden-württembergischen Schulwesens voranbringen.
- ◆ Mit der Rücknahme der reformierten gymnasialen Oberstufe wurde ein Modell gestrichen, das Schülerinnen und Schüler an das Lernen in Hochschulen heranführen sollte. Statt des Systems Schavan wollen wir eine Weiterentwicklung des Kurssystems, das Schülerinnen und Schülern mehr Entscheidungsspielräume einräumt und eigenständiges Lernen fördert.

SELBSTSTÄNDIGE SCHULEN KÖNNEN MIT VIELFALT UMGEHEN

Wir brauchen eine Schule, die Kinder individueller fördert. Dieses Ziel kann durch noch stärkere Aufteilung in vermeintlich homogene Gruppen nicht erreicht werden. Es muss den Schulen gelingen, den Unterricht so zu gestalten, dass Schülerinnen und Schüler mit ihren sehr unterschiedlichen Stärken wie ihren Schwächen mehr gefördert werden und ihre jeweiligen Potenziale besser ausschöpfen können.

Die letzte große ideologische Bastion der CDU in der Schulpolitik ist das Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem. Auch für Kultusministerin Annette Schavan ist bei diesem Punkt das Ende ihrer Diskursfähigkeit erreicht. Jeder Vorschlag zur Bildungspolitik wird von ihr dann zurück gewiesen, wenn er nur in Verdacht gerät, er könne die Dreigliedrigkeit und frühe Selektion in Frage stellen. Offensichtlich ist es der CDU unmöglich, den Graben zu verlassen, in dem sie sich seit den Grabenkämpfen der 70er Jahre um die Schulstrukturfrage einbetoniert hat.

Ein Schulsystem, das Schülerinnen und Schüler in drei verschiedene Begabungstypen einteilt und sie drei Schularten zuweist, wird den unterschiedlichen Arten zu Lernen sowie der Vielfältigkeit der Lern- und Lebenssituationen von Kindern heute nicht mehr gerecht. Als große Schwäche des baden-württembergischen Schulsystems erweist sich die frühe Aufteilung der Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse. Für viele Kinder ist die Grundschulzeit als Zeit, in der Grundkompetenzen gelernt und gefestigt werden, zu kurz.

- ◆ Wir wollen, dass der Prozess der inneren Schulentwicklung mit Veränderungen der Schulstruktur einhergehen kann. Wir wollen eine längere Zeit gemeinsamen Lernens und eine Überwindung des selektiven Schulsystems in Baden-Württemberg. Wir brauchen eine Änderung des Schulgesetzes, damit vor Ort Basisschulen mit sieben- oder neunjähriger Schulzeit und integrative Modelle in der Sekundarstufe I entstehen können. Wir wollen die Integration von Kindern mit Behinderungen.
- ◆ Wir wollen die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Das heißt, dass in der Sekundarstufe II auch an allen dualen Ausbildungsgängen die Hochschulreife er-

worben werden kann. Dadurch kann der Anteil der jungen Menschen mit Studienberechtigung deutlich erhöht werden.

- ◆ Für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf müssen Ausbildungsmöglichkeiten in modularer Form entwickelt werden, die es ihnen ermöglichen, später weitere Module zur Weiterqualifizierung zu absolvieren

SELBSTSTÄNDIGE SCHULEN ENTWICKELN SICH WEITER

Wir brauchen eine Schule als Lebensraum, weil soziales Lernen und das Aufbauen von sozialen Wertesystemen nur im Umgang mit anderen Menschen erfolgen kann. Wir wollen ganztägig geöffnete Schulen, die sich zu ihrem Umfeld öffnen, mit Vereinen, Jugendverbänden und karitativen Organisationen zusammenarbeiten, außerschulische Lernorte mit einbeziehen und Initiativen der Bürgergesellschaft zur Mitarbeit und Mitgestaltung der Schule einladen.

Beim Ausbau der Ganztagschulen ist Baden-Württemberg alles andere als Spitze. Nicht einmal die Halbtagschule ist Realität. Stattdessen gibt es an der sog. verlässlichen Grundschule eine starre Trennung zwischen Unterricht und kostenpflichtiger Betreuung. In der Frage der Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer hält die Landesregierung am Modell des „Stundengebers“ fest und zeigt keine Bereitschaft, neue Modelle auf den Weg zu bringen.

- ◆ Wir wollen ganztägig geöffnete Schulen im ganzen Land und für alle Schularten. Deshalb begrüßen wir das Ganztagsschulprogramm des Bundes als wichtige Investitionshilfe für die Kommunen. Das Land muss seinen Beitrag leisten, etwa in der Bereitstellung von Deputaten, damit an den Schulen aus dem Kollegium ein pädagogisches Konzept entwickelt und ein Ganztagsangebot unter Einbeziehung von Vereinen, Musik- und Kunstschulen sowie außerschulischen Trägern organisiert wird.
- ◆ Wir wollen ein neues Arbeitszeitmodell für Lehrerinnen und Lehrer, das Unterricht wie auch Zeit für Kinder außerhalb des Unterrichts, Teambesprechungen, Schulentwicklung, Elterngespräche, Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Fortbildungen und Kooperation mit außerschulischen Partnern mit einschließt. Ein neues Modell sorgt für größere Arbeitszeitgerechtigkeit, ermöglicht eine längere Anwesenheit von Lehrkräften an Schulen und steigert die Effizienz.
- ◆ Wir wollen die Ergänzung der schulischen durch die außerschulische Jugendbildung, etwa bei Jugendverbänden und Jugendringen. Hier werden die Persönlichkeit entwickelt und soziale Kompetenzen erworben, gerade durch die selbstbestimmte Nutzung der Angebote. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement, von der außerschulische Jugendbildung lebt, unterstützen, etwa bei der Freistellung Ehrenamtlicher wie bei Weiterbildungsmöglichkeiten für Jugendleiterinnen und Jugendleiter.

IV. WEITERLERNEN, UMLERNEN, NACHLERNEN, NEULERNEN – LEBENSLANGES LERNEN ALS CHANCE

Wir wollen eine aktive Weiterbildungspolitik, die Menschen den Zugang zu den Bildungsinstitutionen in allen Lebensphasen offen hält und sie in die Lage versetzt, sich jederzeit weiter zu qualifizieren, bei Arbeitslosigkeit und Berufswechsel sich entsprechend umzuqualifizieren. Nur in einer Gesellschaft, in der Weiterbildung zum Schlüsselprojekt vieler Politikbereiche wird, sind gesellschaftliche und ökonomische Innovationen möglich.

Die Landesregierung betreibt keine aktive Weiterbildungspolitik. Auf der Agenda der dafür im Kabinett federführend zuständigen Kultusministerin ist das Thema Weiterbildung ein weißer

Fleck. Die Zuschüsse für Weiterbildungsträger sinken kontinuierlich seit acht Jahren und wurden um über 40% reduziert. In keinem anderen Bundesland ist der Anteil der Teilnehmerbeiträge so hoch wie in Baden-Württemberg.

Auch in Baden-Württemberg profitieren von Weiterbildung vor allem die besser Ausgebildeten. Damit vertieft Weiterbildung gegenwärtig die Kluft zwischen schulisch und beruflich besser und weniger gut Ausgebildeten.

- ◆ Wir wollen eine aktive Weiterbildungspolitik des Landes, die Menschen fördert, die nicht ohne weiteres von dem Angebot auf dem Weiterbildungsmarkt erreicht und angesprochen werden sowie von betrieblicher Aufstiegsfortbildung nicht erreicht werden. Gerade für sie aber kann Weiterbildung die entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sein.
- ◆ Wir wollen eine plurale Bildungslandschaft mit unterschiedlichen Anbietern. Aufgabe des Staates ist es, für Qualitätssicherung und Transparenz auf dem Markt der Weiterbildung zu sorgen, die Standards festzulegen, über Angebote und Standards zu informieren und die Vergleichbarkeit von Prüfungen und Abschlüssen zu gewährleisten. Dies ist im Interesse der Nachfrager nach Weiterbildung, weil ihnen so ein selbstständiges Gestalten ihrer Bildungsbiographie ermöglicht wird. Auch die neuen Angebote des E-Learning können die Menschen nur nutzen, wenn Qualitätsstandards und Transparenz geschaffen werden. Um diese Aufgaben zu erfüllen, wollen wir eine Stiftung Weiterbildung schaffen, in der die Kompetenzen des Landes gebündelt werden.
- ◆ Wir wollen, dass Anbieter der Erstausbildung sich für die Weiterbildung öffnen. Dies gilt insbesondere für die Hochschulen und beruflichen Schulen, aber auch für die allgemein bildenden Schulen. Dabei profitieren beide Seiten. Die Nachfrager nach Weiterbildung, weil sie Infrastruktur und fachlich-didaktische Kompetenz auch nutzen können, wie auch die Lehrenden, die durch das Engagement in der Weiterbildung wertvolle Rückmeldung aus der Praxis bekommen. Und wir wollen eine stärkere Vernetzung zwischen Angeboten der Erstausbildung und der Weiterbildung. Dies ist durch gestufte Abschlüsse und Lernmodule möglich. So wollen wir ein Netzwerk der „zweiten Chance“ schaffen, das es Menschen ermöglicht, schulische und berufliche Abschlüsse „nach“ zu holen und entsprechend ihrem Leistungsstand und ihren Bedürfnissen weiter zu lernen. Damit kann Weiterbildungspolitik zur aktiven Arbeitsmarktpolitik werden.

V. SELBSTSTÄNDIG, ÖFFENTLICH, WELTOFFEN - HOCHSCHULBILDUNG

HOCHSCHULEN IN DIE SELBSTSTÄNDIGKEIT ENTLASSEN

Wir brauchen eine andere Hochschule, die sich selbstständig organisiert, eigenverantwortlich ihre Schwerpunkte setzt und effektiv mit ihren Ressourcen umgeht. Wir brauchen eine demokratische Hochschule, die sich als Ort öffentlichen Nachdenkens und als Impulsgeberin für die Wissensgesellschaft versteht. Wir brauchen eine gute Hochschule, die einen weiter steigenden Anteil junger Menschen wissenschaftlich ausbildet. Wir brauchen eine weltoffene Hochschule, die international denkt und den europäischen Hochschulraum voranbringt.

In Baden-Württemberg sind Kompetenzen von Hochschulleitungen gestärkt und Hochschulräte etabliert worden. Mit globalisierten Haushalten erhielten die Hochschulen größere Freiräume, um wirtschaftlich eigenständig zu handeln, und durch den Solidarpakt bekamen sie längerfristige Planungssicherheit. Dabei wurden ihnen jedoch trotz weiter wachsendem Aufgabenvolumen auch Einsparungen auferlegt. Unter Wissenschaftsminister Frankenberg wurde allerdings der Zugriff des Ministeriums auf die Hochschulen nicht geringer. Trotz vor-

geblicher Verlagerung von Kompetenzen an die Hochschulen wurden keine Stellen im Ministerium abgebaut bzw. an die Hochschulen verlagert. Ministerielle Vorgaben und bürokratische Regelungsdichte wurden nicht weniger, sondern lediglich anders. Reduziert ist allenfalls die Kontrolle durch das Parlament, dem weniger Mitsprache und Einblick gewährt wird.

Nach wie vor fehlt Transparenz an den Hochschulen. So entscheiden Hochschulräte ohne Rechenschaftspflicht selbst gegenüber hochschulinternen Gremien. Rektorwahlen gehen mit intransparenten und undemokratischen Verfahren vonstatten. Strategische Ausrichtung und Profilbildung der Hochschulen dürfen aber nicht im „closed shop“ zwischen Hochschulleitung und Wissenschaftsministerium unter Ausschluss der Öffentlichkeit betrieben werden. Selbstständigkeit der Hochschulen braucht Öffnung und demokratische Mitwirkung als notwendige Ergänzung.

- ◆ Die Verfasste Studierendenschaft als Weg zur Artikulation und Einbringung der studentischen Interessen innerhalb der Hochschule halten wir für wichtig. Die Verfasste Studierendenschaft muss deshalb in Baden-Württemberg, wie in der sechsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes vorgesehen, unverzüglich wieder eingeführt werden.
- ◆ Hochschulen sind ein Ort öffentlichen Nachdenkens. Sie handeln im öffentlichen Auftrag und sind fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanziert. Deshalb muss der Landtag an der politischen Steuerung der Hochschulen angemessen beteiligt sein. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Hochschulen bei mehr institutioneller Autonomie demokratischer und transparenter machen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Hochschulleitungen mehr zu entscheiden haben, wenn sie gleichzeitig besser demokratisch legitimiert sind. Deshalb fordern wir die Wahl des Rektors/der Rektorin durch die gesamte Hochschule.
- ◆ Wir begrüßen grundsätzlich die Möglichkeit für die Hochschulen, Studierende in Auswahlverfahren auswählen zu können. Allerdings müssen Hochschulen selbst entscheiden können, ob und nach welchen Kriterien sie eine Auswahl vornehmen. Wir setzen uns für eine Evaluation dieser Verfahren ein und drängen darauf, insbesondere auch die Auswirkungen auf Studienanfängerinnen und -anfänger zu berücksichtigen.

STUDIERENDE BRAUCHEN SELBSTSTÄNDIGKEIT

Gutes Studieren braucht mehr Selbstständigkeit. Dazu zählt mehr Gestaltungsfreiheit für den eigenen Studienverlauf. Dazu zählt auch das Recht, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu studieren und die Pflicht, eigenverantwortlich mit der wertvollen Ressource Bildung umzugehen. Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang und mehr Selbstständigkeit durch eine Reform der Studienfinanzierung. Wir wollen, dass Studierende mehr Gewicht in den Hochschulen erhalten und dass Hochschulen Anreize zur Verbesserung der Lehre bekommen.

Eine inhaltliche Studienreform kommt in Baden-Württemberg nicht voran. Mit Bachelor und Master werden vielfach neue Etiketten auf alte Studiengänge geklebt. Die demokratische Mitbestimmung ist der Landesregierung nichts wert. Studierende kommen nur in ihr Blickfeld, wenn es darum geht, mit Studiengebühren Haushaltslöcher zu stopfen.

Die von der CDU/FDP-Koalition beschlossene Einführung von Verwaltungsgebühren von 75 € pro Semester lehnen wir ab. Sie sind nichts anderes als die Wiederauflage der verfassungswidrigen Rückmeldegebühren mit Aufschlag und damit direkte Studiengebühren.

- ◆ Ein gutes Studium muss selbstständig gestaltet und individuell zusammengestellt werden. Interdisziplinarität und Internationalität müssen erleichtert und gefördert werden. Es muss möglich sein, das Studium konzentriert oder als Teilzeitstudium neben Berufstätigkeit oder familiären Verpflichtungen zu absolvieren. Dafür können strukturierte Studiengänge und Abschlüsse mit Bachelor/Master gute Voraussetzungen bieten, wenn

gänge und Abschlüsse mit Bachelor/Master gute Voraussetzungen bieten, wenn sie durch ein internationales Leistungspunktesystem und hohe Qualitätsstandards begleitet werden.

- ◆ Wir wollen die noch ausstehende Reform der Studienfinanzierung. Die Erhöhung der Bemessungsgrenze des Bafög kann zwar jahrelange Unterfinanzierung etwas kompensieren, löst aber die strukturellen Anforderungen, die eine Konzeption der Studienförderung heute erfüllen muss, nicht. Wir wollen mit dem Prinzip der Elternunabhängigkeit erreichen, dass Studierenden auch ökonomische Selbstständigkeit zugestanden wird. Dies bedingt, dass die hohen staatlichen Transfers, vor allem an Besserverdienende, die an den Studierendenstatus der „Kinder“ gebunden sind, umgeleitet werden. Weil Studierende durch ein Studium ökonomisch und kulturell eine „Bildungsrendite“ haben, ist es richtig, dass sie nach Abschluss des Studiums bei entsprechendem Einkommen einen Beitrag zur Refinanzierung der Studienfinanzierung leisten. Damit werden Mittel für die Hochschulen frei. Bündnis 90/Die Grünen haben mit BAFF (BundesAusbildungsFörderungsFonds) ein entsprechendes Konzept vorgelegt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern entflochten wird. Die Bundesländer leisten die Grundfinanzierung der Hochschulen. Zusätzlich erhalten Hochschulen Mittel von dem Land, in dem der/die Studierende die Hochschulreife erworben hat. Für die Studierenden aus dem Ausland kommt der Bund auf.

Wir wollen die Lehre an Hochschulen finanziell auf bessere Füße stellen und Studierenden mehr Einfluss auf die Qualität der Lehre geben. Deshalb fordern wir die Einführung von Bildungsgutscheinen für Studierende.

- ◆ Hochschulen erhalten einen Teil ihrer Mittel in Abhängigkeit von Studierenden nach dem Prinzip „staatliches Geld folgt Studierenden“. Wenn Studierende mit Bildungsgutscheinen an eine Hochschule kommen, dann fließen entsprechende Mittel dorthin. Damit wird der Einfluss der Studierenden gestärkt, und die Hochschulen werden für gute Angebote und Bemühen um die Studienqualität belohnt.
- ◆ Wir garantieren den gebührenfreien Zugang zum Erststudium, weil wir die Akademikerquote erhöhen und Zugangsgerechtigkeit sicherstellen wollen: Studierende bekommen für diese Phase ihre Bildungsgutscheine vom Staat. Bildungsgutscheine sind knapp bemessen. Damit werden Studierende zum verantwortlichen Umgang mit der Ressource Studienzeit angehalten. Nicht verbrauchte Bildungsgutscheine können für die Weiterbildung verwendet werden.
- ◆ Für weitere Phasen des Studiums und für wissenschaftliche Weiterbildung halten wir Bildungsgutscheine mit finanzieller Eigenbeteiligung für sinnvoll und vertretbar, wenn sie sozial verträglich gestaltet sind. Dies ist möglich durch nachlaufende Refinanzierung.
- ◆ Wir sorgen für Anreize zum lebenslangen Lernen. Wenn Hochschulen dadurch zusätzliche Mittel bekommen können, wird es für sie attraktiv, Weiterbildungsangebote zu schaffen. Bildungsgutscheine können privat, vom Arbeitgeber oder von Stiftungen finanziert werden. So können Gewerkschaften bei Tarifabschlüssen z.B. um Bildungsgutscheine verhandeln statt um Lohnerhöhungen.

Im Gegensatz zu anderen Finanzierungsinstrumenten wie Studiengebühren oder Akademikersteuer gelangen durch Bildungsgutscheine die finanziellen Mittel direkt an die Hochschulen und versickern nicht im Staatshaushalt.